

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

94. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 4. März 2004

Tagesordnungspunkt 5:

- a) Große Anfrage der Abgeordneten Dr. Peter Paziorek, Marie-Luise Dött, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Nationale Umsetzung des Emissionshandels** (Drucksachen 15/1282, 15/2390)
8363 B

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über ein Gesetz, durch das der Handel mit Emissionen, also der Handel mit Umweltverschmutzungen ermöglicht werden soll. Wir reden über ein Mittel zum Zweck. Deshalb stellt die PDS im Bundestag auch den Zweck voran. Es geht darum, den CO₂-Ausstoß weltweit und hierzulande deutlich zu reduzieren. Das ist notwendig, um eine Klimakatastrophe zu verhindern, und das eilt, damit es nicht tatsächlich zu spät ist. Mein Vorredner hat ja schon einige Szenarien angesprochen.

Die jüngste Warnstudie aus den USA wurde hier bereits angeführt. Im Gegensatz zu den Grünen berufe ich mich allerdings nicht auf die CIA oder das Pentagon. Dazu fehlt mir nicht erst seit dem Irakkrieg der Glaube an den amerikanischen Geheimdienst.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Überhaupt sind die USA in Sachen Klima- und Umweltschutz das Gegenteil von guten Ratgebern. Sie taugen nicht einmal als Beispiel.

Es gibt aber genug andere Zeugnisse und Zeugen. Einer davon ist sogar CDU-Mitglied. Ich meine **Klaus Töpfer**. Der UNO-Umweltchef drängt: „Niemand zweifelt, dass ein Klimawandel stattfindet“. Er spricht von einer „ökologischen Aggression der Reichen gegen die Armen“ und er fasst richtig zusammen: „Klimapolitik ist Friedenspolitik“. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, schon deshalb verdient er Respekt, was ich beileibe nicht zu allen Kandidaten sagen kann, die Sie in den letzten Tagen in der Debatte über das Amt des Bundespräsidenten genannt haben.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Franz Obermeier [CDU/CSU]: Darauf können wir auch gern verzichten!)

Der europäische Handel mit Emissionsrechten soll nun im Januar 2005 beginnen. Deshalb debattieren wir ja auch über die deutschen Regeln. Das Ziel ist klar: Verglichen mit dem Jahr 1998 soll der CO₂-Ausstoß bis 2010 um 45 Millionen Tonnen reduziert werden. So lautete jedenfalls die **Selbstverpflichtung der deutschen Industrie**. Ich finde, es darf kein Zurück dahinter geben.

Auch das Grundprinzip des Emissionshandels ist übersichtlich: Wer das Klima weniger belastet, als ihm zugestanden wird, kann mit seinen Anteilsscheinen handeln und so noch ein Plus erwirtschaften. Wer das Klima aber über Gebühr belastet, der muss zusätzliche Anteilsscheine kaufen; er zahlt drauf.

Das ist also ein Versuch, der Umweltverschmutzung mit marktwirtschaftlichen Mitteln beizukommen. Er ist auch unter den Linken nicht unumstritten; denn das Klima ist nun einmal ein

Allgemeingut und keine Handelsware. Noch erstaunlicher ist allerdings, dass sich ausgerechnet die Wirtschaft weigert, in diesem Bereich marktwirtschaftlich zu agieren; denn von ihr kommen derzeit die übelsten Widerstände gegen ein Emissionshandelsgesetz. Es wird um jede Tonne CO₂-Ausstoß geschachert, die nicht abgebaut werden muss. Die Wirtschaft versucht, mit Extratricks Extraprofite zu ergaunern, als ginge es nicht um eine alle betreffende, eine globale Herausforderung.

Dabei bilden sich ganz „ungewöhnliche Koalitionen“, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 25. Februar schrieb: Auf der einen Seite protestieren die Gewerkschaften im Verein mit den Wirtschaftsverbänden und Bundeswirtschaftsminister Clement. Auf der anderen Seite agieren Umweltverbände und Klimaschützer mit Umweltminister Trittin. – Das macht es nicht leichter. Es zeigt aber auch: Im ökologischen „Friedenskampf“, wie Klaus Töpfer meint, geht der Riss mitten durch Rot-Grün.

Hinzu kommt: In den letzten Jahren hat der CO₂-Ausstoß durch die deutsche Wirtschaft nicht ab-, sondern zugenommen, und zwar trotz der Rezession in den zurückliegenden drei Jahren. Ich möchte noch an etwas anderes erinnern. Die deutsche Wirtschaft hält sich zugute, seit 1990 die Umwelt bereits drastisch entlastet zu haben. Das stimmt. Das liegt aber fast ausschließlich daran, dass CO₂-Schleudern im Osten stillgelegt wurden und obendrein Konkurrenz aus den neuen Bundesländern abgewickelt wurde.

Die eigentliche Klimaschutzleistung steht uns also noch bevor. Vor diesem Hintergrund geschehen allerdings seltsame Dinge. Da garantiert Wirtschaftsminister Clement der CO₂-trächtigen **Kohleindustrie** West auf Jahre hinaus milliardenschwere Subventionen. Zugleich attackiert dieser Minister die Förderung erneuerbarer Energien. Das ist keine Innovation. Das ist Klientelpolitik auf Kosten von allen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Abschließend: Der Emissionshandel ist kein Wundermittel. Er kann bestenfalls Teil in einem Mix verschiedener Instrumente sein. Vornan steht alles, was den Energieverbrauch tatsächlich senkt. Hinzu kommt: Solare Energien müssen Vorrang vor fossilen und atomaren Energien haben. Natürlich dürfen Klimakiller nicht noch vergoldet werden. Vielmehr müssen sie dringend reduziert werden.

Danke.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])